

«Das ist sicher nicht ideal»

Droht im Bundesrat ein Diktat der Westschweiz? Ostschweizer Parlamentsmitglieder äussern sich.

Adrian Vögele

Ist Karin Keller-Sutter im Bundesrat künftig die einzige Vertreterin der gesamten Deutschschweiz östlich von Bern? Wenn am Mittwoch bei der Ersatzwahl für Ueli Maurer (SVP) keine Überraschung passiert und sich Albert Rösti gegen Hans-Ueli Vogt durchsetzt, verliert Zürich seinen Sitz in der Regierung an Bern. Die offiziellen Kandidatinnen für die Nachfolge von Simonetta Sommaruga (SP) stammen ebenfalls aus der westlichen Landeshälfte: Eva Herzog (Basel-Stadt) und Elisabeth Baume-Schneider (Jura).

Etwa 70 Prozent der Schweizer Bevölkerung leben in der Deutschschweiz. Sollte jedoch Baume-Schneider gegen Favoritin Herzog gewinnen, wäre die Deutschschweiz im Bundesrat gar in der Unterzahl gegenüber den lateinischen Kantonen. Der FDP fiel das bei der Bekanntgabe des SP-Tickets negativ auf: Eine solche Übervertretung verstosse gegen die Verfassung, kritisierte die Parteispitze der Liberalen. «Unsere Anforderung ans SP-Ticket ist nicht erfüllt», sagte der Ausserrhodener Ständerat Andrea Caroni in der «Sonntagszeitung».

Stürnrundeln bei FDP und SVP

Jetzt steht die Wahl kurz bevor. Was sagen andere Ostschweizer Parlamentsmitglieder zu diesem Thema? Die meisten sind der Meinung, die regionale Herkunft der Kandidatinnen und Kandidaten sei zwar nicht zentral, aber eben auch nicht egal. Manuel Strupler (SVP/TG) sagt: «Ich finde es eher fragwürdig, dass die SP ein Zweitticket mit einer Frau aus der lateinischen Schweiz stellt. Ich hätte lieber eine Auswahl aus zwei Deutschschweizerinnen.»

Und auch wenn Herzog gewählt würde: Eine einzige Vertretung für die Schweiz östlich



Die Jurassierin Elisabeth Baume-Schneider (rechts) und die Baslerin Eva Herzog kämpfen um den frei werdenden SP-Sitz im Bundesrat.

Bild: Peter Klaunzer/Keystone

von Bern sei «sicherlich nicht ideal», sagt Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP/SG) – das werde der verfassungsrechtlichen Vorgabe der angemessenen Vertretung der Landesgegenden nicht gerecht. Die Übervertre-



Susanne Vincenz-Stauffacher, St. Galler FDP-Nationalrätin.

Bild: Gian Ehrenzeller/Keystone

tung einer Landesgegend oder Sprachregion sei akzeptabel, wenn sie zeitlich absehbar, also vorübergehend sei. Die unausgesprochene Erwartung lautet: Wird Baume-Schneider gewählt, steht insbesondere die SP unter Zugzwang, später bei einer Ersatzwahl für Alain Berset eine Deutschschweizer Kandidatur zu bringen. Marcel Dobler (FDP/SG) sagt dazu: «Ich bedaure, dass die SP die Geschlechterfrage über alles andere stellt und Daniel Jositsch, aus meiner Sicht von der Kompetenz her und für die Schweiz der beste der Bewerber, nicht auf das Ticket nahm.» Resultiere bei der Wahl eine Untervertretung eines Landesteils, stehe das Parlament in der Pflicht, dies bei der nächsten Vakanz zu korrigieren.

Weniger streng beurteilt dies Franziska Ryser (Grüne/SG): «Die Jurassierin Baume-Schneider würde der lateinischen Schweiz zwar ein stärkeres Gewicht geben, aber eine Vierervertretung wäre noch im Rahmen einer «angemessenen Vertretung» der Landesteile. Bei einem nächsten Wechsel könnte dann die Deutschschweiz und insbesondere die Region östlich von Zürich wieder stärker berücksichtigt werden.» Ähnlich äussert sich Roland Rino Büchel (SVP/SG). Eine vorübergehende Übervertretung der lateinischen Schweiz sei kein Problem. «Es darf dann zu einem späteren Zeitpunkt auch kein Problem sein, wenn die Ostschweiz für einmal übervertreten sein sollte.»

Kurt Egger (Grüne/TG) erinnert daran, dass die Region östlich von Bern ab 1999 und ab 2008 vier Bundesräte gehabt habe. «Da darf es auch sein, dass diese Region einmal untervertreten ist.»



Manuel Strupler, Thurgauer SVP-Nationalrat.

Bild: Donato Caspari

Claudia Friedl (SP/SG) sagt: «Weil ein Bundesrat sich um das Wohl des ganzen Landes kümmern muss, darf die Herkunft nicht überbewertet werden.» Es sei gut, wenn verschiedene Regionen und Sprachen im Bundesrat vertreten seien, dasselbe gelte aber für städtische oder ländliche Gebiete sowie die Geschlechter.

«Amt hat nicht mehr denselben Reiz»

Verena Herzog (SVP/TG) findet, die regionale Herkunft der Kandidierenden sei «in der heutigen Zeit und den aktuellen Herausforderungen drittrangig». Viel wichtiger seien Leistungsausweis, intellektuelle Leistungsfähigkeit, Führungsqualität, Belastbarkeit – und Ehrlichkeit, denn «Wölfe im Schafspelz sind gefährlich».

Markus Ritter (Die Mitte/SG) sagt, wegen der zunehmenden Mobilität und Vernetzung sei der Aspekt der regionalen Vertretung im Bundesrat heute wohl nicht mehr gleich bedeutend wie vor hundert Jahren. «Wir stellen aber auch fest, dass sich viele fähige Persönlichkeiten nicht mehr für eine Wahl in den Bundesrat zur Verfügung stellen, und zwar parteiübergreifend. Der Reiz dieses Amtes scheint nicht mehr der gleiche zu sein wie früher.» Das liege unter anderem an der hohen Arbeitslast und Exponiertheit in der Öffentlichkeit.

Die Ostschweiz selber kann sich aktuell aber nicht beklagen, wie Christian Lohr (Die Mitte/TG) sagt: «Die Ostschweiz ist mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter sehr gut in unserer Landesregierung vertreten.» Auch Ritter und Vincenz heben Keller-Sutters Leistung hervor. Strupler sagt mit Blick auf die Zukunft: «Etwas mehr Ostschweiz – und damit verbunden unsere sparsamere Haltung und Eigenverantwortung – würde dem Bundesrat sicher nicht schaden.»

IHK vervierfacht ihre finanzielle Beteiligung an der Olma

Die Handelskammer erhöht die Beteiligung von heute 50 000 auf künftig 200 000 Franken.

«Die Olma ist das ausdauerndste und vor allem erfolgreichste Ostschweizer Projekt der letzten drei Generationen», heisst es in einer Medienmitteilung der IHK St. Gallen-Appenzell vom Montag. Direktor Markus Bänziger zeigt sich überzeugt: «Keine andere Institution oder Organisation hat es wie die Olma Messen geschafft, die Ostschweiz auf dem grösstmöglichen Perimeter von Graubünden bis Schaffhausen sowie gesellschaftlich über nahezu alle Schichten und Berufsgruppen zusammenzubringen und so eine gemeinsame Identität zu schaffen.» Die Olma Messen seien als Sinnbild für das Zusammenstehen der Ostschweiz einzigartig. Die IHK

unterstütze daher das Ostschweizer Projekt Olma. Sie vervierfacht ihre Beteiligung von heute 50 000 auf künftig 200 000 Franken. «Mit der Kapitalerhöhung zeigt auch die IHK ein klares Bekenntnis zur Olma, und damit zu einem Stück Ostschweizer Identität», so Bänziger.

«Finanzschwierigkeiten nicht eigenverschuldet»

Die Erfolgsgeschichte Olma stehe bekanntlich vor grossen Herausforderungen, heisst es in der Mitteilung weiter. Die finanzielle Lage der Genossenschaft Olma Messen St. Gallen ist angespannt, weshalb eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sowie eine Kapitalerhöhung an-

gestrebt werden. Die Schwierigkeiten seien derweil nicht eigenverschuldet, so die IHK. Die Olma Messen standen bis zum Ausbruch der Covid-Pandemie finanziell solide da. Weder die Pandemie mit dem Veranstaltungsverbot noch die Bauteuerung für die neue Halle 1 hätten so antizipiert werden können.

Die IHK schreibt weiter, dass der 2018 gefällte Investitionsentscheid im Umfang von 164 Millionen Franken für die neue Halle 1 mutig gewesen sei. Er sei damals von den Genossenschaftlern – vorab der öffentlichen Hand, Banken, Landwirtschaft und Gewerbe – einhellig als die richtige Antwort auf die künftigen Herausforderungen

beurteilt worden. «Die Chancen der neuen Halle 1 gilt es künftig auch in einem veränderten Marktumfeld zu nutzen und die Risiken zu kontrollieren.»

Die IHK teilt einzelne Bedenken, die Einzug in die politische Debatte fanden. So müsse es der Olma-Geschäftsleitung gelingen, die Halle 1 und das damit vergrösserte Raumangebot langfristig gesichert zu vermie-

Vier Varianten für Ersatz der Grenzbrücke ausgewählt

Au Die Grenzbrücke zwischen Au und Lustenau erreicht mittelfristig das Ende ihrer Nutzungsdauer und muss ersetzt werden.

Der Kanton St. Gallen und das Land Vorarlberg haben in der ersten Phase des Variantenstudiums vier Varianten ausgewählt, wie es in einer Mitteilung der St. Galler Regierung heisst. Die Varianten würden nun vertiefter ausgearbeitet und bewertet.

Projektfortschritt läuft plangemäss

Das Projekt für den Ersatz der Grenzbrücke Au-Lustenau verläuft laut Mitteilung planmässig. Das Tiefbauamt des Kantons St. Gallen habe in Abstimmung mit der Abteilung Strassenbau des Landes Vorarlberg die Planungsarbeiten nach den Sommerferien 2021 an eine Ingenieurgemeinschaft vergeben.

2022 hat der Leitungsausschuss dann vier Hauptvarianten ausgewählt. Nebst drei Brückenvarianten prüft der Ausschuss auch eine Tunnelvariante.

Wie der Ausschuss zusammengesetzt ist

Der Leitungsausschuss ist zusammengesetzt aus Vertretern des Kantons St. Gallen, des Landes Vorarlberg, der Gemeinden Lustenau und Au sowie österreichischen und Schweizer Zollbehörden. Neben der Auswahl der Varianten ist der Ausschuss auch für deren Entwicklung verantwortlich. Sobald die Varianten vertieft analysiert und bewertet worden seien, stellten der Kanton St. Gallen und das Land Vorarlberg die Resultate des Variantenstudiums und die Bestvariante voraussichtlich Ende 2023 der Bevölkerung vor. (red)